TÜL/DIE LINKE.

Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 13, Dezember 2025 www.tuebinger-linke.de

Kommunen am Limit

Die Kreistagsfraktion der Tübinger Linken rief in der Kreisecke zu wirksamen Protesten gegen die Finanznot der öffentlichen Haushalte und Kürzungspolitik auf. An der Demonstration von Verdi und Sozialverbänden am 8.11. in Stuttgart nahmen 1 500 Menschen teil. Bürgermeister wurden keine gesehen. Sie haben aber noch Gelegenheit zum Protest, denn die Gewerkschaften haben weitere Aktionen angekündigt.

Dramatischen Meldungen zur Finanznot der Kommunen begleiten die Haushaltsberatungen im Kreistag. Wegen wegbrechender Einnahmen hat die Verwaltung eine Erhöhung der Kreisumlage um 20 Millionen Euro eingeplant. Wie überall wird die Finanznot nach unten, auf die Städte und Gemeinden abgewälzt.

Bürgermeister und Landräte im ganzen Land schlagen Alarm wegen des drohenden finanziellen Kollapses. Der soziale Zusammenhalt ist in Gefahr und es droht eine weitere Rechtsentwicklung, wenn durch massive Kürzungspolitik die Daseinsvorsorge nicht mehr gesichert werden kann. Kommunen müssen die Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen auffangen und immer mehr Aufgaben übernehmen. Sie übernehmen 1/4 aller öffentlichen Aufgaben, erhalten aber nur 1/6 des staatlichen Finanzaufkommens. Deshalb braucht es eine grundlegende Änderung bei der Finanzausstattung der Kommunen. Das gewaltige Defizit bei den Städten und Gemeinden, dieses Jahr voraussichtlich 26 Milliarden Euro, kann nicht durch Stellenstreichungen, Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich und im ÖPNV ausgeglichen werden. Es braucht eine Umverteilung des Steueraufkommens. Nur wenn Kommunen und Landkreise einen deutlich höheren Steueranteil bekommen, können sie auch in Zukunft Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit für ihre Bürger:innen sichern. Und weil die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, müssen auch die (Super-)Reichen über eine Vermögenssteuer endlich ihren Beitrag zur finanziellen Konsolidierung leisten.

Die Bundesregierung will in den kommenden Jahren 377 Milliarden (377.000.000.000) Euro für die Hochrüstung der Bundeswehr ausgeben, dies wird den Sozialstaat und die Zukunft unserer Gesellschaft ruinieren. Denn je mehr Geld für Kriegstüchtigkeit ausgegeben wird, desto weniger bleibt für Daseinsvorsorge und zivile Infrastruktur, für Bildung, Gesundheit, Soziales und Klimawende. Nur wenn die irrsinnige Aufrüstung und Militarisierung gestoppt wird, kann der finanzielle Kollaps aufgehalten werden.

Klagen allein hilft nichts. Wirksamer ist Druck auf die Regierung und in den jeweiligen Parteien. Die Kreistagsfraktion der Tübinger Linken rief öffentlich zu Protesten gegen die Finanznot der öffentlichen Haushalte und Kürzungspolitik auf. An der Demonstration von Verdi und Sozialverbänden am 8. November in Stuttgart nahmen 1.500 Menschen teil, ein wichtiges Signal. Aber Bürgermeister wurden dort keine gesehen. Sie haben aber noch Gelegenheit zum Protest, denn die Gewerkschaften haben weitere Aktionen angekündigt.

Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin der Tübinger Linken

Impressum
Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. Wählervereinigung Tübinger Linke e.V.
c/o Bernhard Strasdeit, Frischlinstr. 7, 72074 Tübingen info@tuebinger-linke.de

Wir brauchen eine finanzpolitische Wende zugunsten der Kommunen

Pressemitteilung, Gemeindetag in Reutlingen am 19. November 2025

Auf der heutigen Kommunalpolitischen Kundgebung des Gemeindetags Baden-Württemberg in der Stadthalle Reutlingen forderte Die Linke-Spitzenkandidatin Kim Sophie Bohnen eine finanzpolitische Wende zugunsten der Kommunen. Vor Bürgermeister*innen aus ganz Baden-Württemberg sprach Kim Sophie Bohnen darüber, was Die Linke im Landtag für die Kommunen tun will.

„Kommunen sind das Herz unserer Demokratie. Hier entscheidet sich, ob der Bus fährt, die Turnhalle offen ist, Kinder einen Kitaplatz bekommen und Jugendliche einen sicheren Weg zum Jugendzentrum haben. Hier wird Politik konkret – durch Ehrenamtliche, Stadträtinnen, Bürgerinitiativen, Eltern- und Jugendbeiräte.

Kim Sophie Bohnen Spitzentrio der Linken zur Landtagswahl

Wenn diese Basis bröckelt, hat das Folgen: Dann gewinnen jene, die Demokratie schwächen wollen. Ich bin überzeugt: Wenn wir Kommunen stärken, stärken wir die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn wir sie weiter schwächen, stärken wir die, die sie zerstören wollen," sagte Kim Sophie Bohnen in ihrer Rede.

Kim Sophie Bohnen forderte: „Wir brauchen eine finanzpolitische Wende – zugunsten der Kommunen: Wir brauchen einen kommunalen Schutzschirm, der verschuldete Städte und Gemeinden nicht unter Aufsicht stellt, sondern wieder handlungsfähig macht – inklusive Schuldenschnitt für Kommunen, die aus eigener Kraft nicht mehr rauskommen. Wir brauchen einen Finanzausgleich, der nicht nur nach Fläche und Einwohnerzahl geht, sondern nach sozialem Bedarf: Wo viele Kinder in Armut leben, wo die Mieten explodieren, wo die Infrastruktur marode ist, dort müssen mehr Mittel ankommen. Und wir müssen die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form überwinden. Sie ist zur Investitionsbremse geworden – für Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Bus und Bahn."

Palmer für AfD in Landesregierung - Linke für AfD-Verbot

Pressemitteilung am 21.11.2025, Linke Gemeinderatsfraktion, Tübingen

Zu den Äußerungen des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer in der ARD-Talkshow „Sandra Maischberger" am Mittwoch erklärt die Linke-Fraktion im Tübinger Gemeinderat:

„Wir weisen OB Palmers Aufforderung an die CDU, in Ostdeutschland Koalitionen mit der AfD einzugehen, schärfstens zurück. OB Palmer spricht nicht in unserem Namen. Sein Vorschlag ist naiv und gefährlich. Wir haben vor gut 90 Jahren gesehen, wohin es führt, wenn man eine rechtsextreme und demokratiefeindliche Partei „begrenzt in Verantwortung" nimmt, um sie angeblich zu entzaubern. Nie wieder darf die Macht an die Feinde der Demokratie übergeben werden! Das ist die Lehre aus der deutschen Geschichte," erklärt Gerlinde Strasdeit, Fraktionsvorsitzende der Linken.

„Palmers Forderung, die AfD in die Regierungsverantwortung auf bestimmten Ministerposten zu nehmen ist brandgefährlich. Die rassistische, menschenfeindliche demokratiefeindliche Politik der AfD darf niemals in Regierungsverantwortung kommen. OB Palmer macht nach der Podiumsveranstaltung in der Hepperhalle schon wieder Wahlwerbung für die AfD, indem er ihr Regierungsfähigkeit attestiert bzw. diese mal prüfen will. Alle Demokrat*innen sollten Palmer laut und klar widersprechen. Als Linke setzen wir uns für ein AfD-Verbot ein. Wir fordern alle Demokrat*innen auf, sich im Bundestag und Bundesrat für ein Prüfverfahren eines AfD-Verbots einzusetzen. OB Palmer behauptet, ein Verbotsantrag hätte keinen Erfolg. Um die Demokratie zu schützen, müssen aber alle rechtlichen Schritte genutzt werden, um die AfD zu bekämpfen. Nie wieder ist jetzt!" erklärt Gitta Rosenkranz, Stadträtin der Linken.

Keine Bühne für Rechtsextreme!

Im Juli hatte der AfD-Abgeordnete Sandro Scheer angekündigt, in Tübingen eine Kundgebung abhalten zu wollen. 18 Jahre nachdem in Tübingen 10.000 Menschen auf die Straße gegangen waren und so einen Aufzug der NPD-Jugend verhinderten, versuchten damit erneut Rechtsextreme, in Tübingen Fuß zu fassen. Es wären sicherlich wieder Tausende gekommen, um es zu verhindern – doch es kam anders: OB Boris Palmer, der 2007 noch versucht hatte, die rechtsextreme Demo zu verbieten, verhandelte dieses Mal mit dem AfD-Landtagsabgeordneten, der seine Kundgebung schließlich selbst absagte. Es ist davon auszugehen, dass die AfD nur testen wollte, ob sich in Tübingen auch weiterhin Widerstand regen würde, und die Kundgebung ohnehin abgesagt hätte.

So aber lud Palmer „im Gegenzug für die Absage“ den AfD-Landesvorsitzenden Frohnmaier in eine städtische Halle ein, wo er am 5.September mit ihm diskutierte. Frohnmaier selbst sagte dazu: „Mehr Werbung für die AfD wäre, glaube ich, nicht möglich gewesen.“ Palmer und Scheer handelten ein ungewöhnliches, nie da gewesenes Format aus: Die Stadt organisierte die gesamte Veranstaltung und ließ sich diese Dienstleistung von der AfD bezahlen. Die Linke Gemeinderatsfraktion ließ diesen ungewöhnlichen Sachverhalt von der Kommunalaufsicht prüfen. Die hielt das Vorgehen aber für in Ordnung, weshalb wir dann vor der Halle gegen die Normalisierung rechtsextremer Positionen demonstrierten. Im Nachhinein versuchte unsere Fraktion eine Änderung der Hauptsatzung zu erreichen, so dass in einem ähnlichen Fall in Zukunft der Oberbürgermeister nicht ohne Beteiligung des Gemeinderats entscheiden könnte, für die AfD eine Veranstaltung zu organisieren. Dieser Antrag fand leider nicht die erforderliche Mehrheit.

Tom Besenfelder, Stadtrat der Linken

„Faschismus bekämpft man nicht, indem man ihm eine Bühne bietet“

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,
ich freue mich, dass ich heute hier sein kann. Mein Name ist Anne und ich bin für die Linke hier in Reutlingen im Bundestag – Tübingen hab ich quasi adoptiert. […]

Vielleicht kennt ihr die Filme im Stadtmuseum von Tübingen im Dritten Reich, in denen Nazis auf unserem Marktplatz vor unserem Rathaus aufmarschieren. Das Rathaus sieht noch fast genauso aus wie in den Filmen, nur ohne Hakenkreuze und in Farbe. Und jedes Mal, wenn ich dran vorbeilaufe, erinnert es mich daran, dass auch Tübingen, unsere schnucklige Altstadt, die manchmal so heile-Welt-mäßig aussieht, nicht immun ist vor dem Faschismus. Es kann wieder passieren, wenn wir es nicht verhindern. Und deswegen sind wir heute hier. Denn den Faschismus verhindert man nicht, indem man ihm eine Bühne bietet und ihn salonfähig macht. Und auch nicht, indem man ihn inhaltlich entzaubert. […]

Und gerade bei Herrn Palmer fragt man sich doch, warum haben Sie denn die Rechten nicht schon längst inhaltlich gestellt? An Talkshow-Bühnen, die Ihnen dafür Gelegenheit bieten, mangelt es ist Ihnen doch wirklich nichts. Stattdessen, Herr Palmer, stattdessen blasen Sie doch allzu oft ins selbe Horn. Man könne ja nicht alle retten, man wird ja wohl noch sagen dürfen, der war bestimmt Drogenhändler, und alles wäre besser, wenn wir nur mehr abschieben würden. Solche Aussagen kennen wir allzu gut vom Bürgermeister dieser Stadt. Und da sage ich klar, wer so etwas sagt und sich mit Faschisten zum Diskutieren trifft, der ist nicht unser OB!

Und Boris Palmer und die AfD haben eins gemein-

Anne Zerr,
Bundestagsabgeordnete der Linken aus Reutlingen

sam. Sie ziehen ihre Stärke daraus, dass sie nach unten treten. Dadurch, dass sie sagen, euch geht es schlecht, weil Migrant*innen euch die Wohnungen wegnehmen oder die Beschäftigten, die für höhere Löhne streiken, seien schuld daran, dass wir jetzt sparen müssen. [...]

Liebe Freundinnen und Freunde, wir stehen an einem Wendepunkt, an einem Wendepunkt, an dem ein Weiter-so keine Option ist. Wir, die 99% der Menschen in diesem Land, müssen uns alle entscheiden. Wollen wir uns von Angst nach rechts treiben lassen, von der Angst, noch mehr vom Wohlstand zu verlieren, von dem wir doch eh schon viel zu wenig abbekommen? Oder wollen wir unseren Mut zusammennehmen und für eine Gesellschaft kämpfen, in der der Faschismus machtlos ist, weil der Wohlstand gerecht verteilt ist und alle genug für ein gutes Leben haben? [...]

Liebe Freundinnen und Freunde, den Faschismus bekämpft man nicht, indem man ihm eine Bühne bietet und ein bisschen diskutiert. Den Faschismus kriegen wir dann klein, wenn wir die überzeugendere Alternative zum Weiter-so für Reiche und Konzerne haben. Und wenn wir gemeinsam den Mut aufbringen und die Hoffnung organisieren, um sie zu erkämpfen. [...] Denn eines ändert sich nie. Antifaschismus ist und bleibt Handarbeit. Also lasst uns gemeinsam mutig sein. Siamo tutti antifaschisti!

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte erhalten!

Der Landkreistag forderte die Pflicht zur Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter abzuschaffen. Die Linke Baden-Württemberg weist dies entschieden zurück.

"Die Forderung der Landkreise, es den Kommunen zu überlassen, ob sie Gleichstellungsbeauftragte bestellen, ist ein offener Angriff auf den Gleichstellungsauftrag unserer Verfassung", erklärte Isabell Fuhrmann, Frauenbeauftragte der Linken Baden-Württemberg. "Wer Gleichstellung zur freiwilligen Aufgabe erklärt, dreht die Uhr um Jahrzehnte zurück. Ohne verbindliche Strukturen bleibt Gleichstellung ein leeres Versprechen."

Kim Sophie Bohnen, Spitzenkandidatin der Linken zur Landtagswahl, stellte unmissverständlich klar: "Mit uns im Landtag wird es diese Aushöhlung des Gleichstellungsauftrags nicht geben. Wir kämpfen dafür, dass Gleichstellung in allen Kommunen verpflichtend bleibt - und dass Gleichberechtigung endlich Realität wird, statt nur ein schöner Verfassungsgrundsatz zu sein."

Auch im Landratsamt Tübingen gibt es in der Frage Gleichstellung immer noch eine Leerstelle. Seit Jahren fordert die Linke-Fraktion die Schaffung einer Stelle für eine Gleichstellungsbeauftragte - bisher vergeblich. Wir bleiben dabei: für eine nachhaltige Verankerung der Gleichstellung im Landratsamt braucht es verbindliche Strukturen und klare personelle Zuständigkeit.

Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin der Linken

Vielfalt in der Stadt bewahren

Über die Aussagen von Kanzler Merz zum sogenannten Stadtbild wird viel kontrovers diskutiert. Seine Aussage, dass bestimmte Personengruppen, hauptsächlich junge, migrantische Männer für die Probleme in den Innenstädten verantwortlich sind, sogar eine Bedrohung vor allem für Frauen darstellen, ist auf Ablehnung aber leider auch auf viel Beifall gestoßen.

Gitta Rosenkranz
Stadträtin der Linken

Die Innenstädte, auch Tübingen, stehen vor großen Herausforderungen. Leerstand, Rückgang von Einzelhandel und Gastronomie führen zur Verödung der Innenstädte. Ursache hierfür sind jedoch nicht junge, migrantische Männer, sondern überhöhte Mieten, der Onlinehandel u. v. m. Einzelnen Gruppierungen die Verantwortung für die Probleme der Innenstädte zuzuschreiben ist nicht nur falsch, sondern rassistisch und diskriminierend. Auch Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer springt gerne auf diesen Zug auf. In überregionalen Talkshows, in den sozialen Medien und anderswo ist er sich nicht zu schade, Öl ins Feuer dieser verallgemeinernden Zuschreibungen zu gießen, indem er immer wieder vor jungen Männern besonders aus dem arabischen und afrikanischen Raum warnt.

Dies ist aus vielen Gründen fatal. Es führt dazu, dass sich bestimmte Gruppen zu Recht diskriminiert fühlen und es verhindert den Blick auf die vielfältigen Ursachen der Krise unserer Innenstädte. Niemand bestreitet, dass es durchaus problematische Gruppierungen gibt. Doch diese gibt es unabhängig von Herkunft, politischem und kulturellem Hintergrund und Bildung. Für diese, meist jungen Menschen brauchen wir ein vernünftiges Angebot an Beratung und Krisenintervention und Orte, an denen sie sich willkommen und akzeptiert fühlen. Es braucht Orte der Begegnung und des kulturellen Austausches, für alle Menschen in der Stadt. Dafür benötigen die Städte faire Zuwendungen von Bund und Land. Politisch müssen wir uns klar von rechtspopulistischen Aussagen und der AfD abgrenzen und zwar laut und deutlich. Ziviler Ungehorsam, klares Auftreten gegen die oben genannten Äußerungen und politische Solidarität mit den Menschen, die mehr und mehr von rechtem Gedankengut betroffen und bedroht sind ist wichtiger denn je.

Gerade in Zeiten von finanzieller Not muss die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Vielfalt unserer Stadt erhalten werden. Eine funktionierende Demokratie, ein vielfältiges, tolerantes Miteinander kosten Mühe und Geld. Doch es lohnt sich, weil es eine Investition in die Zukunft von uns allen ist.

Linke lehnt Palmers Putzpläne ab

Pressemitteilung vom 12.10.2025

„Der Gedanke gefällt mir“, so kommentierte Boris Palmer den Vorstoß des Gmünder CDU-Oberbürgermeisters Richard Arnold, Schulkinder künftig ihre Klassenräume selbst putzen zu lassen. Bei der Linken stößt das auf scharfe Kritik. Für Gerlinde Strasdeit, Sprecherin der Tübinger Linke Fraktion im Gemeinderat und Katharina Poppei, Landtagsskandidatin im Wahlkreis Tübingen, steht fest: Die Lösung der Finanznot der Kommunen darf nicht auf dem Rücken von Kindern, Lehrkräften und Reinigungskräften ausgetragen werden.

Gierlinde Strasdeit
Stadträtin der Linken

„Wer Kindern den Wischmopp in die Hand drücken will, hat die kommunale Finanzkrise nicht verstanden“, erklärt Strasdeit. „Damit wird die wichtige Arbeit von Reinigungskräften massiv entwertet – Menschen, die tagtäglich für Hygiene und Gesundheit in Schulen sorgen, aber viel zu schlecht bezahlt und kaum wertgeschätzt werden. Sie einfach durch Schulkinder ersetzen zu wollen, ist respektlos. Stattdessen muss die Stadt Tübingen die Reinigungskräfte wieder direkt zu guten Bedingungen beschäftigen, diese Rekommunalisierung fordern wir seit Jahren.“

Auch Lehrkräfte und Schülerinnen wären direkt betroffen: „Statt Unterrichtsausfälle, marode Gebäude und überfüllte Klassen anzugehen, sollen Kinder nun die Finanzlöcher der Kommunen stopfen – das ist absurd“, so Strasdeit.

Die Linke sieht das Grundproblem in der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen: „Viele Städte und Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand. Was sie brauchen, sind mehr Steuereinnahmen und eine faire Verteilung der Mittel aus dem Sondervermögen – nicht Symbolpolitik auf Kosten der Schwächsten.“

„Das Land muss handeln, bevor die kommunale Ebene angesichts leerer Kassen noch mehr absurde Ideen entwickelt. Eine solide Finanzierung der Kommunen ist die einzige realistische Antwort auf die Krise“, so Katharina Poppei, Linke Landtagskandidatin für Tübingen.

Wieder im Tübinger Gemeinderat: Frederico Elwing

Am 29. September ist Frederico Elwing, Vorstand der Wählervereinigung Tübinger Linke e.V., für Dr. Sara da Piedade Gomes in den Gemeinderat nachgerückt. Bei der Kommunalwahl 2024 hatte er 7.188 Stimmen erhalten. Er wird unsere Fraktion im Verwaltungsausschuss, im Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms, im TüBus-Aufsichtsrat, im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Tübingen GmbH (WIT) vertreten. Außerdem ist er weiterhin stellvertretendes Mitglied im Ortsbeirat Lustnau. Er saß auch bereits von 2021-2024 für die Tübinger Linke im Gemeinderat. Wir bedanken uns herzlich bei Sara Gomes für Ihre tolle Arbeit in unserer Fraktion im letzten Jahr. Sie war auch schon von 2019-2024 Stadträtin in Tübingen gewesen und ist jetzt aus dem Gemeinderat ausgeschieden, weil sie aus Tübingen wegzieht.

Auf Strafanträge bei Fahren ohne Fahrschein verzichten

Unsere Stadträtin Sara Gomes begründete im Juli unseren Antrag gegen die Kriminalisierung des Schwarzfahrens. Im Oktober wurde der Antrag dann endgültig abgestimmt und scheiterte leider sehr knapp mit einer Stimme zu wenig, weil, anders als z. B. in Karlsruhe, die SPD unserem Antrag nicht zustimmen wollte und die Grünen nur teilweise.

Die Kriminalisierung des Fahrens ohne Ticket trifft vor allem arme Menschen. Menschen, die sich kein Monatsticket leisten können, die zwischen Antrag auf Sozialleistung und Bewilligung stehen, die psychisch belastet oder wohnungslos sind.

Die Strafe für das Fahren ohne Fahrschein ist eine Geldstrafe – doch wer kein Geld hat, kann sie nicht bezahlen. Die Folge: Ersatzfreiheitsstrafen.

Jährlich landen laut dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen etwa 7.000 Menschen wegen § 265a StGB im Gefängnis (Quelle: https://taz.de/Haftstrafen-fuer-Schwarzfahren/!5529577/). Diese Inhaftierungen treffen häufig Menschen, die ohnehin in prekären Situationen leben – Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Krankheit. Der Freiheitsentzug kann dann zu einem kompletten sozialen Absturz führen.

Menschen werden für das Fahren ohne Ticket teilweise härter bestraft als Personen, die unter Alkoholeinfluss ein Kraftfahrzeug führen. Die Verhältnismäßigkeit ist längst nicht mehr gegeben.

Hinzu kommt der immense volkswirtschaftliche Schaden: Allein die Vollstreckung dieser Ersatzfreiheitsstrafen verursacht jährlich Kosten in dreistelliger Millionenhöhe – für Überwachung, Justiz, Strafvollzug, Sozialfolgen.

Die Kriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein widerspricht außerdem einem fundamentalen Prinzip unseres Rechtsstaats: Strafe ist immer Ultima Ratio, das letzte Mittel. Sie darf nur eingesetzt werden, wenn mildere Mittel – wie zivilrechtliche Geltendmachung – nicht ausreichen.

Die Verkehrsunternehmen haben zivilrechtliche Mittel, um ihre Forderungen durchzusetzen. Sie können Mahnungen verschicken, Inkasso beauftragen, zivilrechtlich klagen. All das ist möglich ohne Strafantrag.

Sara da Piedade Gomes, ehemalige Stadträtin der Linken

Auch Strafrechtsexperten wie Prof. Dr. Thomas Fischer, ehemaliger Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, fordern seit Jahren eine Entkriminalisierung:

„Schwarzfahren sollte nicht weiter bestraft werden. Es ist in der Substanz nur das Nichtzahlen einer Schuld.“ (Quelle: https://www.lto.de/recht/meinung/m/eine-frage-an-thomas-fischer-schwarzfahren-weiter-bestrafen) Wenn selbst der frühere oberste Strafrichter des Landes das sagt – warum halten wir dann weiter an dieser Praxis fest?

Immer mehr Kommunen erkennen, dass Strafanzeigen gegen Fahrgäste ohne Ticket nicht zielführend sind: In Bremen verzichtet die Bremer Straßenbahn AG seit 2024 auf Strafanzeigen. (Quelle: https://taz.de/Fahren-ohne-Fahrschein/!5860759/)

In Düsseldorf wurde die Rheinbahn AG durch einen Ratsbeschluss 2023 angewiesen, keine Strafanträge mehr zu stellen (Quelle: https://freiheitsfonds.de/)

In Karlsruhe hat der Gemeinderat im Februar 2024 beschlossen, die Strafverfolgung wegen Fahrens ohne Fahrschein zu stoppen. (Quelle: https://www.dielinke-fraktion-karlsruhe.de/start/presse/detail/antrag-keine-strafanzeigen-fuer-fahren-ohne-ticket-im-kvv)

Nicht zuletzt hat § 265a StGB eine dunkle Geschichte. Der Straftatbestand wurde 1935 von den Nationalsozialisten eingeführt – in einem Kontext repressiver Kontrolle über „asoziales Verhalten“.

Die Darstellung der Stadtwerke, es gebe in den von TüBus verfolgten Fällen eine Verpflichtung zur Straf-

anzeige, ist rechtlich meiner Meinung und nach extensiver Recherche und Rücksprache mit Jurist*innen nach nicht haltbar. Bei dem Erschleichen von Leistungen nach § 265a StGB handelt es sich grundsätzlich um ein sog. Offizialdelikt. Das bedeutet, dass eine solche Straftat durch die Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaft) bei Kenntniserlangung von Amts wegen verfolgt wird. Ein Antrag durch den Geschädigten ist dabei nicht erforderlich. Handelt es sich jedoch bei dem Tatobjekt um eine geringwertige Sache (Wert unter 50 Euro), so wird die Tat nur auf Antrag des Opfers verfolgt, es sei denn, dass die Strafverfolgungsbehörde (Staatsanwaltschaft) aufgrund besonderen öffentlichen Interesses eine Strafverfolgung von Amts wegen für geboten hält (vgl. §§ 265a Abs. 3, 248a StGB). Das bedeutet zusammenfassend: Während das Erschleichen von Leistungen grundsätzlich ein Offizialdelikt ist, wird es unter bestimmten Umständen, insbesondere bei geringwertigen Leistungen oder wenn der Geschädigte ein Angehöriger ist, zu einem relativen Antragsdelikt, bei dem ein Strafantrag erforderlich ist. Die TüBus ist rechtlich nicht verpflichtet, einen Strafantrag zu stellen. Sie kann es tun – aber sie muss es nicht.

Wir fordern daher, dass die TüBus künftig auf Strafanträge gemäß § 265a StGB verzichtet – so wie viele andere Städte auch. Stattdessen sollte die Stadt sich dafür einsetzen, Armut nicht zu kriminalisieren, sondern Lösungen zu schaffen: durch eine solidarische Verkehrspolitik, die alle mitnimmt.

Deutschlandticket muss günstiger statt immer teurer werden!

Stellungnahme, im Gemeinderat, 13.11.2025

Es ist gut, dass es das Deutschlandticket gibt. Aber: es ist jetzt schon viel zu teuer und Bundesregierung und Landesregierung sorgen dafür, dass es immer teurer und damit unattraktiver wird. Das ist unsozial und schadet dem Klima. Je günstiger der öffentliche Nahverkehr ist, desto leichter fällt es den Menschen, ihn zu nutzen. Wir finden es richtig, dass die Preissteigerungen für Menschen mit Kreisbonuscard ein Stück weit abgefedert werden. Eigentlich wäre ein bezahlbares Sozialticket Aufgabe von Bund und Land.

Wir wissen: jede Preissteigerung beim Deutschland-Ticket führt zu Abokündigungen. Das trifft nicht nur die Menschen, die sich das Ticket nicht mehr leisten können oder wollen, sondern auch das Ziel, mehr Verkehr weg vom klimaschädlichen vom Auto und hin zum klimaschonenden öffentlichen Nahverkehr zu bringen. In Anbetracht der Klimakatastrophe ist das grundfalsch. Im Falle von Tübingen schadet es konkret den Zielen unseres Klimaschutzprogramms.

Wir als Linke setzen uns grundsätzlich dafür ein, dass im öffentlichen Nahverkehr der Nulltarif gilt. Als Schritt dahin, fordern wir von Bund und Land, das 9-Euro-Ticket wieder einzuführen: kostengünstig, sozial, ökologisch und lebenspraktisch ohne Tarifdschungel. Eine Verbesserung, die bei den Menschen im Geldbeutel und im Alltag ankommt, die Lebensqualität erhöht und eine positive Zukunftsvision andeutet. Genau solche Verbesserungen der Lebensbedingungen stärken auch das Vertrauen in die Demokratie. Uns allen sollten klar sein, dass die Stärkung unserer Demokratie in den aktuellen Zeiten keine hohle Phrase sein darf.

Wenn Bund und Land den Preis des Deutschlandtickets nun immer weiter erhöhen, gefährden sie den Erfolg dieses Projekts und dagegen sollten sich auch die anderen Fraktionen innerhalb ihrer Parteien einsetzen.

Es ist gut, dass wir die städtischen Zuschüsse für das Deutschland-Ticket Tübingen mit Kreisbonuscard erhöhen, damit die Preise für diese Zielgruppen weniger stark steigen, als anderenorts. Wir stimmen zu.

Den Antrag von Tübinger Liste, CDU und FDP, den Zuschuss für das Deutschland-Ticket für alle Tübinger*innen zu streichen, lehnen wir ab. Auch der Abschaffung des kostenlosen Samstags können wir nicht zustimmen.

Bund und Land erzwingen Steuererhöhungen

Auszug aus der Haushaltsrede des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Tom Besenfelder zum Beschluss der Tübinger Grundsteuererhöhung Ende Juni. Beschlossen wurde damals mit den Stimmen des Oberbürgermeisters, der Grünen, der SPD und des Einzel-Stadtrats der Satirepartei mit 19 zu 18 Stimmen ein Grundsteuerhebesatz von 350 Punkten und ein Gewerbesteuerhebesatz von 405 Punkten.

Tom Besenfelder, Stadtrat der Linken

Um mal wieder ganz von vorne anzufangen: Warum sind wir heute eigentlich hier? Bund und Land schmeißen der Rüstungsindustrie, den Superreichen und den Spitzenverdienern Milliarden in Form von überteuerten Vergaben, Steuersenkungen und Subventionen hinterher und verschieben die notwendigen Staatsausgaben immer mehr zu den Kommunen. Der Trend, Aufgaben zu schaffen ohne sie auszufinanzieren, wurde bisher immer noch nicht umgekehrt, wenn überhaupt, scheint er sich zu verlangsamen.

Was jüngst wie eine Umkehr aussah, war in Wirklichkeit keine: Die Bund-Länder-Einigung Anfang der Woche zum Beispiel: Der Bund gleicht hier nur aus, was er uns noch zusätzlich wegnehmen wollte, man feiert sich in Berlin dafür, uns Geld zu geben, von dem wir bisher davon ausgehen mussten, dass es uns zur Verfügung stünde. Das ist also zwar ausnahmsweise mal keine staatliche Zechprellerei, bei der bestellt und nicht bezahlt wird, aber die unbezahlten Rechnungen der Vergangenheit bleiben dabei definitiv weiter unbeglichen.

Auch die frühere Auszahlung von FAG-Mitteln durch die Landesregierung verschafft uns zwar ein zinsloses Darlehen für ein Vierteljahr – verbessert aber das eigentliche Problem nicht. Bund und Land sind also nach wie vor schuld an der Finanzmisere aller Kommunen und vor allem nach wie vor in der Pflicht dringend für deutliche Entlastungen zu sorgen.

Zur Erinnerung: die Finanzminister heißen Bayaz und Klingbeil – anstatt hier alle Einwohner über die Grundsteuer zahlen zu lassen, hätte man bei Grünen und SPD also auch mal den Parteigenossen das Zechpreller-Handwerk legen können!

Stattdessen zwingt uns das Land zum Haushaltsausgleich und damit zur Steuererhöhung.

Eine Grundsteuer über 300 finden wir dabei grundfalsch wegen des Versprechens der Aufkommensneutralität, das wir nicht brechen wollen. Wir beantragen daher einen Hebesatz von 300 für die Grundsteuer und von 435 für die Gewerbesteuer. Das sind jeweils etwas mehr als 10 Prozent Erhöhung. Die Lücke, die es zu schließen gilt, beträgt knapp acht Millionen. Hätte man die hälftig aufgeteilt, wäre man etwa bei 420 und 320 herausgekommen.

Der Vorschlag der Verwaltung hingegen erhöht die Gewerbesteuer nur um den kleinstmöglichen Betrag. Das Argument der Anrechnungsfähigkeit der Gewerbe- auf die ESt halten wir dabei für nicht so relevant, weil die meisten Personengesellschaften eher klein sind und, wenn überhaupt, so kleine Gewinne machen, dass der Unterschied in absoluten Beträgen nicht gravierend ist. Wir sehen also keine Schallmauer bei 400 Punkten.

Genaueres über diese Anrechnungseffekte, über die Belastung der Gewerbetreibenden und mögliche Abwanderungseffekte könnten wir wissen, wenn unsere Anfrage zur Aufschlüsselung der Gewerbesteuerzahler nach Branchen und anderen Kriterien schon beantwortet worden wäre. Es gab auf jeden Fall schon vor dieser landesweiten kommunalen Haushaltskrise Kommunen in Baden-Württemberg, die noch deutlich über 435 Punkten Gewerbesteuerhebesatz lagen.

Und ein ceterum censeo muss ich noch hinzufügen: Die neue Grundsteuer wird manchmal als eine Art Grund-Vermögens-Steuer dargestellt. Sie ist aber keine gute Vermögenssteuer, weil sie schon unter einer Million Vermögen greift und sie ist auch überhaupt keine Vermögenssteuer, solange es erlaubt ist, sie auf die Miete umzulegen. Dadurch erst sind nämlich alle Tübinger Einwohnerinnen und Einwohner betroffen! Eine echte Vermögenssteuer wäre hingegen gut und auch gerecht: Die deutschen Milliardäre sind zu 70% durch Erbschaft, also durch Geburts-Glück zu Ihrem Vermögen gekommen.

TÜL/DIE LINKE.

Zum Internetauftritt unserer Fraktionen im Stadtrat und Kreistag:

Mietwucher-App kommt nach Tübingen

Die Mieten explodieren und werden zu wenig begrenzt. Auch Tübingen gehört zu den teuersten Städten in Baden-Württemberg. Die Summe, die an Wohngeldempfänger*innen in Tübingen ausgezahlt wurde, um die hohe Wohnkostenbelastung abzumildern, hat sich von 2022 auf 2024 verdoppelt. Und in der Südstadt z. B. muss fast die Hälfte der Mieter*innen mehr als ein Drittel des Haushalts-Netto-Einkommens für die Miete ausgeben.

Aber: Es gibt ein Mittel, viel zu hohe Mieten zu senken.

Wenn Mieten deutlich zu hoch sind, spricht man von Mietwucher. Als Mietwucher werden umgangssprachlich zwei Verstöße zusammengefasst:

Wird die ortsübliche Vergleichsmiete (Miete laut Mietspiegel) um mindestens 20% überschritten (und nutzt der Vermieter dabei eine „Mangellage auf dem Wohnungsmarkt“ aus), handelt es sich um eine Ordnungswidrigkeit. Dem Vermieter droht ein Bußgeld von bis zu 50.000 €.

Wird die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 50% überschritten, kann sogar eine Straftat vorliegen, mit härteren Strafen, theoretisch bis zu einer Gefängnisstrafe.

In beiden Fällen kann die Miete abgesenkt und zu viel gezahlte Miete zurückgefordert werden.

So kommen Mieterinnen und Mieter zu dem Geld, um das sie gebracht wurden. Wenn die Mieterinnen und Mieter Wohngeld oder andere Sozialleistungen erhalten, spart das dadurch auch Steuergeld, das sonst in die Taschen der Vermieter fließt.

Um einfach und unkompliziert zu prüfen, ob die eigene Miete ordnungswidrig zu hoch ist, gibt es einen Online-Rechner der Fraktion Die Linke im Bundestag – die Mietwucher-App. Ab dem 08.12. ist die Mietwucher-App auch für Tübingen freigeschaltet!

Für andere Städte gibt es den Rechner schon seit einem Jahr. Dort hat sich gezeigt: Zwei Drittel der Mieter*innen, die die App nutzten, wurden von den Vermietern mit ordnungswidrig hohen Mieten abgezockt. Der Rechner ist auf klassische Wohnungen ausgelegt, funktioniert aber grundsätzlich auch für WGs.
In WGs darf dabei die Summe der Einzelmieten nicht höher sein, als die Miete, die für die gesamte Wohnung zulässig wäre.

Bei Fragen zur Miete, die über die Fragen und Antworten in der Mietwucher-App hinausgehen, helfen z. B. der Deutsche Mieterbund, die Partei Die Linke oder die Mietrechtsberatung der Stadt Tübingen.

Die Linke-Gemeinderatsfraktion hat außerdem beantragt...

- ...ein Leerstandskataster einzurichten:
- In Baden-Württemberg gibt es Stand 2022 insgesamt 236.214 Wohnungen, die leer stehen, davon 130.000 länger als ein Jahr. Auch in Tübingen ist das Problem groß – allein rund um den Haagtorplatz stehen mehrere Mehrfamilienhäuser leer.
- Die Stadtverwaltung hat die rechtlichen Mittel, dagegen vorzugehen, mit einer öffentlichen Meldemöglichkeit wäre der Druck hier noch höher.
- ...die Umwandlung von Wohnraum in Gewerbeflächen zu verbieten:
- Es gibt in Tübingen auch leerstehende Gewerbeflächen, Platz ist also da. Wenn Wohnraum einmal in Gewerbefläche umgewandelt wurde, ist er meistens für immer verloren.

Wuchermieten senken ist möglich

Die Mieten explodieren und werden zu wenig begrenzt. **Aber: es gibt ein Mittel, Wuchermieten zu senken.** Und es sollte viel mehr angewandt werden.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen, nicht Kasernen

Umwandlungsstopp militärisch genutzter Liegenschaften:

„Der Umwandlungsstopp für die 26 ehemaligen militärischen Liegenschaften, sowie für die Bleidornkaserne in Ulm, ist nicht das, was es jetzt in Baden-Württemberg braucht. Es braucht keine Kasernen und Militarisierung, sondern die Schaffung von sozialen und bezahlbaren Wohnraum", erklärt Sahra Mirow, Sprecherin für soziales Wohnen der Fraktion Die Linke im Bundestag, zu der Ankündigung des Verteidigungsministeriums, bundesweit die Umwandlung militärisch genutzter Liegenschaften für zivile Zwecke zu stoppen. Mirow weiter:

„Viele der betroffenen Kommunen in Baden-Württemberg hatten angesichts der akuten Wohnungsnot bereits Pläne entwickelt, um die in Frage stehenden Areale der zivilen Nutzung zu unterziehen. Die Bundesregierung setzt sich mit ihrer Politik der Militarisierung jedoch darüber hinweg und ignoriert wieder einmal die sozialen Bedürfnisse der Menschen."

Kim Sophie Bohnen, Spitzenkandidatin für Die Linke zur Landtagswahl Baden-Württemberg, erklärt zu dem Umwandlungsstopp militärisch genutzter Liegenschaften in Baden-Württemberg:

„Die ehemaligen militärischen Liegenschaften in Baden-Württemberg müssen endlich einer zivilen Nutzung zugeführt werden, statt erneut militärisch genutzt zu werden. Am Beispiel des Patrick-Henry-Village in Heidelberg in meinem Wahlkreis zeigt sich, wie dringend diese Flächen für bezahlbaren Wohnraum, soziale Infrastruktur und eine nachhaltige Stadtentwicklung gebraucht werden. Es wäre ein fatales Signal, wenn nach Jahren der Planung und Beteiligung die berechtigten Bedürfnisse der Bevölkerung erneut hinter militärische Interessen zurückgestellt würden."

Der Sozialstaat ist finanzierbar

Andreas Linder, Kreisrat der Linken

Nach unten zu treten, ist im politischen Machtspiel leider immer noch eine erfolgreiche Methode. Nachdem die CDU-CSU mit einer massiven Entsolidarisierungskampagne gegen geflüchtete Menschen die Wahl gewonnen hat, kommen jetzt die Menschen dran, die auf die Leistungen des Sozialsystems angewiesen sind: Bürgergeldbedürftige, Rentner*innen, Kranke …

Vor Kurzem erklärte Bundeskanzler Merz den Sozialstaat für „nicht mehr finanzierbar" und kündigte einen „Herbst der Reformen" an. Im Mittelpunkt steht das Bürgergeld, deren Empfänger*innen von Linnemann & Co. das Etikett der faulen Verweigerer übergestülpt wird. Mit derartiger Problemanalyse wird aus Angst vor einem weiteren Erstarken der AfD nach unten getreten und weiter nach rechts gerückt. Dies dürfte aber wieder nur bei den ganz Rechten einzahlen, denn diese können sich in ihrer Weltsicht bestätigt fühlen.

Wohin soll solche Politik führen? Wie viel Sozialabbau will die SPD in der Koalition mittragen? Fakt ist: Durch Steuerhinterziehung (überwiegend durch Leute, die mehr als genug haben) verliert der Staat über 200 Milliarden Euro Steuern im Jahr. Der Leistungsmissbrauch beim Bürgergeld ist demgegenüber eine geringe Größe. Die von der Koalition beschlossene Senkung der Unternehmenssteuern wird rund 25 Milliarden Euro jährlich kosten. 70 Prozent davon fließen an das reichste Prozent der Bevölkerung. Bei den Sozialkosten gab es in den letzten Jahren keine überdurchschnittliche Kostensteigerung. Deutschland liegt EU-weit im Mittelfeld. Der Sozialstaat könnte besser finanziert werden, wenn „nach oben" weniger gebuckelt wird und die oberen Einkommensschich-

ten stärker für den sozialen Ausgleich herangezogen werden. Stichworte: Steuerreform mit einer stärkeren Beteiligung hoher Vermögen und Kapitalanlagen, Erbschaftssteuer, Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich. Die Linke und Sozialverbände fordern solche Maßnahmen seit Langem. Mit derartigen Umschichtungen könnten dann auch die Kommunen auskömmlicher finanziert werden und weiterhin auch „Freiwilligkeitsleistungen“ möglich sein.

Schließlich: Statt irrsinnige Summen für Kriegsgerät bereitzustellen, wäre es sinnvoll, mit möglichst viel natürlicher Intelligenz zum möglichst baldigen Ende der aktuellen Kriege in der Ukraine, in Israel/Gaza und anderswo beizutragen. Dies als Randbemerkung zum 1. September, dem gestrigen Antikriegstag.

Kreisecke im Schwäbischen Tagblatt

Tübinger Müllabfuhr: Eine Riesen-Chance ist vertan

Protest auf dem Tübinger Marktplatz und vor dem Landratsamt, Presseerklärungen und Leserbriefe, selbst eine Unterschriftensammlung des DGB mit 2197 Unterstützerinnen und Unterstützern konnten es nicht verhindern: Die städtischen Müllwerker holen nur noch bis Ende 2026 den Rest- und Biomüll in Tübingen ab. Um zu sparen, hat der Tübinger Gemeinderat die Abfallabfuhr als Aufgabe an den Landkreis übertragen, und der hat sie privatisiert.

Renate Angstmann Koch, Kreisrätin der Linken

„Privat vor Staat“ ist ein Slogan, von dem sich viele andere Kommunen aus guten Gründen längst wieder verabschiedet haben. In der Regel ist Privatisierung auf Dauer deutlich teurer. Dennoch fiel nun im dritten Anlauf auch die Tübinger Müllabfuhr diesem Prinzip zum Opfer – unter dem Motto „schlanker Staat“ statt kommunaler Daseinsvorsorge.

Vor zwei Jahren ließ sich der Angriff auf den städtischen Eigenbetrieb noch abwehren. Die erneuten Proteste in diesem Jahr haben bewirkt, dass der Gemeinderat den Tübinger OB auf Antrag der Fraktion der Linken hin beauftragte, mit dem Landkreis die Gründung einer gemeinsamen Kommunalanstalt zu verhandeln. Zur Unterstützung dieser Verhandlungen hat die Linke im Kreistag beantragt, die gesamte Rest- und Biomüllabfuhr wieder in kommunale Regie zu übernehmen. Doch die anderen Kreistagsfraktionen haben zwar warme Worte für den Antrag gefunden, ihm aber letztlich auf Grund des „Sachzwangs Haushalt“ nicht zugestimmt. Auch der neue Landrat Hendrik Bednarz (SPD) hatte nicht den Mut, neue Wege beim Thema Abfallwirtschaft zu gehen.

Es wäre der Moment gewesen, die Müllabfuhr künftig überall im Kreis Tübingen in öffentliche Hand zurückzuführen. Denn Ende 2027 laufen die Verträge des Kreises aus. Doch die Kreistags-Mehrheit hat entschieden, die Leerung der Bio- und Restmülltonnen ab 2027 für das Tübinger Stadtgebiet und ab 2028 für den ganzen Kreis neu auszuschreiben. Nur zwei Firmen gaben ein Angebot ab, und der billigste Bieter musste den Zuschlag erhalten.

Die Privatisierung geschieht gegen den Willen der städtischen Beschäftigten, vieler Bürgerinnen und Bürger, der Stadt- und Kreisräte der Linken und gegen den eindringlichen Appell und die vielen Aktionen des DGB Kreisverbands Tübingen. Sie ist eine Flucht aus dem kommunalen Tarifvertrag und geht auf Kosten der Müllwerker, die bei Privatfirmen in der Regel unter schlechteren Bedingungen arbeiten. Sie müssen dort oft allein stemmen, was zuvor mehrere Kollegen erledigt haben, verdienen in Privatunternehmen meist weniger, sind schlechter abgesichert und brauchen womöglich staatliche Hilfen wie Aufstockung des Lohns und Wohngeld – kein Gewinn, sondern ein Zuschussgeschäft für die öffentliche Hand. Auch die Tübinger Verbraucher werden wohl die Zeche für die Privatisierung zahlen. Für sie wird die Abfallabfuhr vermutlich teurer. Zuvor hatte die Stadt jahrelang zu wenig in den Betriebshof und die Fahrzeuge der Müllabfuhr investiert.

So kommt nun ausgerechnet die Firma Alba zum Zug, über deren Unzuverlässigkeit beim Abholen des Gelben Sacks es in Tübingen und anderen Teilen des Landkreises immer wieder Unzufriedenheit und viele Beschwerden gab. Erinnern Sie sich noch an die Bilder von aufgehäuften Gelben Säcken? Oft blieb der Verpackungsmüll wochenlang auf den Straßen liegen. Stadt und Kreis konnten nichts dagegen tun. Denn nicht die Kommunen sind auf diesem Sektor Auftraggeber des Unternehmens, sondern das Duale System. Daher haben die Kommunen keinen Einfluss auf die Gelbe-Sack-Abfuhr.

Wir als Linke sagen: Erfahrungsgemäß ist nur die Entsorgung durch die öffentliche Hand wirklich zuverlässig. Es wäre das Gebot der Stunde gewesen, das Leeren der Bio- und Restmülltonnen im ganzen Kreis wieder in die Kommunen zurückzuholen. Dazu gibt es nun bis 2032 keine Möglichkeit mehr. Bis dahin ist der Kreis vertraglich gebunden. Der Beschluss ist wie in Stein gemeißelt – eine verpasste Chance, an kommunale Tarife gebundene Arbeitsplätze zu erhalten und neue Konzepte für die Verwertung von Abfall zu entwickeln.

Veranstaltungen im Januar

Kitastrophe beenden, 07. Januar
Schöner Wohnen in Baden-Württemberg, 23.01.
Neujahrsempfang mit Ines Schwerdtner, 30.01.

Schöner Wohnen in Baden-Württemberg

Herausforderungen und Handlungsansätze für bezahlbaren Wohnraum

Wie in ganz Deutschland stehen auch in Baden-Württemberg die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt und die Wohnraumpolitik im Zentrum gesellschaftlicher Debatten. Die Preise für Mieten und Wohnen sind seit 2011 stark gestiegen. Dazu kommen die gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten. Bezahlbares Wohnen wird knapper und damit verfestigen sich auch stark die Wohnungleichheiten. Das Pestel-Institut hat 2024 für das Bundesland Baden-Württemberg den bundesweit größten Fehlbestand von Sozialwohungen berechnet - über 200.000 Sozialwohnungen fehlen im Südwesten.

Doch obwohl das Wohnen seit einiger Zeit in Politik und Medien als eine zentrale „soziale Frage unserer Zeit“ bezeichnet wird, gelingt es der staatlichen Politik bisher nicht, die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt umzukehren. Zwischen der medialen Aufmerksamkeit und den Ambitionen der politischen Akteure auf der einen und den realen Auswirkungen in der Gesellschaft auf der anderen Seite klafft eine große Lücke.

Aus diesem Grund hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg eine Studie insbesondere zu den politischen Handlungsmöglichkeiten auf der Länderebene in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben, die im Dezember 2025 veröffentlicht wird. Zusammen mit der Studienautorin Johanna Betz möchten wir mit euch Herausforderungen aber auch politische Alternativen und neue Handlungsansätze für bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg diskutieren.

Die Autorin Dr. Johanna Betz ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Humangeografie der Goethe-Universität Frankfurt/M.

Freitag 23.01.2026, 19:30 Uhr,
Ort: wird noch bekannt gegeben